

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 25. März 2020

Beratungsresistent

Ignorant wird an der De-Facto Abschaffung der Ausländerbeiräte festgehalten

Obwohl die Plenarsitzung des Hessischen Landtags am Dienstag, dem 24. März 2020 nur in verkürzter Form stattgefunden hat, wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften noch vorgenommen.

„Im Schnellverfahren sollten Tatsachen geschaffen werden“ sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der agah-Landesausländerbeirat heute in Wiesbaden.

"Es war ein erbärmlicher Auftritt der Fraktionen der Regierungskoalition. Es wurden bewusst Unwahrheiten verbreitet und Argumente vorgetragen, die wir als agah schon mehrfach widerlegt haben. Behauptungen werden nicht dadurch richtig, dass man sie ständig wiederholt! Beschämend." so Gülegen weiter

Der Landesausländerbeirat kritisiert, dass es nie um bessere Argumente oder Meinungsunterschiede ging oder tatsächlich eine Verbesserung der politischen Teilhabe von Migrant*innen in Hessen erreicht werden sollte. Vielmehr sollen demokratische Rechte von Migrant*innen ohne deutschen Pass abgebaut werden - trotz aller Appelle der Betroffenen und der Zivilgesellschaft.

„Wir werden die verbleibende Zeit selbstverständlich weiter nutzen, um unsere Argumente zu vertreten - selbst das Corona-Virus kann uns davon nicht abhalten“, so Enis Gülegen abschließend.